



Zürcher Gesetzessammlung seit 1803 online

<http://www.staatsarchiv.zh.ch/query>

Signatur	StAZH OS 52 (S. 549-551)
Titel	Gemeindegesezt (Änderung)
Ordnungsnummer	131.1
Datum	26.09.1993

[S. 549] Art. I

Das Gemeindegesezt vom 6. Juni 1926 wird wie folgt geändert:

3. Titel: Niederlassung und Aufenthalt

§ 32. Wer in einer politischen Gemeinde Wohnsitz nimmt, hat sich dort zur Niederlassung anzumelden; wer sich daneben auch noch in einer anderen Gemeinde zum Wohnen aufhält, hat sich dort zusätzlich zum Aufenthalt anzumelden. Die Anmeldepflichtigen haben sich bei Beendigung der Niederlassung oder des Aufenthalts abzumelden.

Meldepflicht,
Grundsatz

Wer in einer politischen Gemeinde Räume für die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit bezieht, ohne persönlich meldepflichtig zu sein, untersteht dafür gleichfalls der Meldepflicht.

Meldepflichtig ist auch, wer eine meldepflichtige Person aufnimmt. Die Vorschriften über die Gästekontrolle im Gastgewerbe bleiben Vorbehalten.

Die Erfüllung fremdenpolizeilicher Obliegenheiten entbindet nicht von der Meldepflicht.

§ 33. Von der Meldepflicht wegen Aufenthalts in der Gemeinde ist befreit, wer sich nur vorübergehend und nicht länger als drei Monate aufhält, desgleichen, wer sich vorübergehend zur Pflege in einem Krankenhaus befindet oder wer in ein Heim eingewiesen ist.

Ausnahmen

§ 34. Die An- und Abmeldefrist beträgt acht Tage.

Meldefrist

Die Gemeindevorsteherschaft kann verlangen, dass die Anmeldung zum Aufenthalt jährlich wiederholt wird.

§ 35. Der Meldepflichtige und, soweit erforderlich, sein Arbeitgeber, sind zur Auskunft verpflichtet. Die Auskunftspflicht erstreckt sich auf personenbezogene Angaben, welche für die Verwaltung notwendig sind und nicht in besonderen Verfahren erhoben werden.

Auskunftspflicht

Diese Personen können verpflichtet werden, die Richtigkeit ihrer Angaben nachzuweisen und insbesondere zureichende Bescheinigungen über den Zivilstand vorzulegen. Bei der Anmeldung zum Aufent- // [S. 550] halt kann der Nachweis verlangt werden, dass der Wohnsitz in einer anderen Gemeinde liegt.



§ 36. Wer sich ausserhalb seiner Heimatgemeinde niederlässt, muss einen Heimatschein, wer Aufenthalt nimmt, einen Heimatausweis hinterlegen.

Schriften-
hinterlegung

§ 37. Die Heimatgemeinde stellt Bürgern, die sich in einer anderen schweizerischen Gemeinde niederlassen, einen Heimatschein aus. Wer ausserhalb der Niederlassungsgemeinde Aufenthalt nimmt, erhält von dieser einen Heimatausweis.

Ausstellung der
Schriften

Heimatschein und Heimatausweis werden erst ersetzt, wenn ihr Verlust glaubhaft dargetan ist. Die Abklärungskosten trägt, wer den Verlust zu verantworten hat; er kann mit Ordnungsbusse belegt werden.

§ 38. Die Gemeinde führt das Einwohnerregister, welches aufgrund der Meldungen gemäss § 35 Bestand, Entwicklung, Veränderungen und Struktur der Bevölkerung wiedergibt.

Einwohnerregister,
Führung

Die Register der Gemeinden müssen unter sich vergleichbar sein. Die Gemeinde gibt Behörden und Ämtern Einsicht und Auskünfte, soweit sie ihrer bedürfen und das Gesetz über den Schutz der Personendaten es zulässt.

§ 39. Die Auskunftserteilung an Private und die Schutzrechte der Betroffenen richten sich nach dem Datenschutzgesetz.

Rechte der
Privatpersonen

Art. II

Dieses Gesetz untersteht der Volksabstimmung. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Bericht seines Büros über die Ergebnisse der kantonalen Volksabstimmung vom 26. September 1993,

Zahl der Stimmberechtigten	762351
Eingegangene Stimmzettel	349763
Annehmende Stimmen	243793
Verwerfende Stimmen	74922
Ungültige Stimmen	54
Leere Stimmen	30994 // [S. 551]

beschliesst:

Die Referendumsvorlage «Gemeindegesetz (Änderung)» wird als vom Volke angenommen erklärt.



Zürich, den 8. November 1993

Im Namen des Kantonsrates

Die Präsidentin:

Dr. M. Voser

Der Sekretär:

A. Ganz

[Transkript: OCR (Überarbeitung: sef)/26.03.2015]